

Die Regierung von Singapore hat vier Vertretern der Bank of China Visa für einen dreimonatigen Aufenthalt in dem südostasiatischen Stadtstaat erteilt. Unter Umständen kann der Schritt zur Errichtung einer ständigen Handelsmission Pekings in Singapore führen. Dies wäre wenigstens ein konkretes Ergebnis, nachdem es nicht zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten gekommen ist.

Australien

(7) Staatsbesuch des australischen Ministerpräsidenten in China

Am 20.6.76 traf der australische Ministerpräsident Malcolm Fraser zu einem offiziellen Staatsbesuch in Peking ein. Am Abend desselben Tages gab der chinesische Ministerpräsident Hua Kuo-feng ein Bankett für den australischen Gast. Am 24.6. verließ Fraser mit seiner Delegation die chinesische Hauptstadt, um nach Taiyuan weiterzufahren. Am 27.6. traten die australischen Gäste von Canton aus den Rückflug an (NCNA 21., 24., 27.6.76) (Näheres zum Besuch Frasers s. Thema "Detente im asiatisch-pazifischen Raum" in diesem Heft).

Internationale Organisationen

(8) Das Internationale Olympische Komitee, Taiwan und Canada

Knapp drei Wochen vor Beginn der Olympischen Spiele von Montreal kam es zu einem Streit zwischen dem IOC und Canada über die Teilnahme der Sportvertretung Taiwans, die unter der Bezeichnung "Republik China" auftreten will. Das IOC-Hauptquartier in Lausanne gab bekannt, die kanadische Regierung habe ihm Ende Juni mitgeteilt, daß sie der Mannschaft der "Republik China" unter diesem Namen und unter der chinesischen Flagge die Einreise verwehren werde. Das IOC betrachte diese Haltung als "krassen Widerspruch" zu den olympischen Bestimmungen, da die Republik nach wie vor anerkanntes Mitglied der olympischen Bewegung sei. Canada andererseits gab zu verstehen, daß es mit der VR China, die allein China repräsentiere, diplomatische Beziehungen unterhalte.

(Bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Canada und der VR China i.J. 1972 war erstmals eine Formel zustande gekommen, durch die der kanadische Partner die Ansicht Pekings, daß es nur ein China gebe und daß dieses eine China, einschließlich der Provinz Taiwan, von der Regierung in Peking repräsentiert werde, zur Kenntnis nahm.)

Das IOC fand es unverzeihlich, daß die kanadische Regierung erst zwei Wochen vor der Eröffnungsfeier die neuen Schwierigkeiten provozieren konnte. Wenige Wochen vorher hatte nichts darauf hingewiesen, daß der Teilnahme Taiwans Hindernisse im Wege stünden. Das IOC warf der kanadischen Regierung vor, sie habe eine für die Bewerbung Montreals abgegebene Garantieerklärung nicht eingehalten. In dem Brief, der 1969 von Außenminister Mitchell Sharp an das IOC geschrieben worden sei, hieß es u.a.: "Alle Nationalen Olympischen Komitees, die internationalen Sportverbände, die vom IOC anerkannt werden, haben die Möglichkeit, nach Canada einzureisen, in Übereinstimmung mit

den normalen Regeln". Das IOC habe jedoch nicht nachgefragt, was unter der Formulierung "in Übereinstimmung mit den normalen Regeln" zu verstehen sei. Die kanadische Regierung verstehe den Zusatz so, daß sie darüber bestimmen könne, wer in ihr Land einreisen darf.

Eine Zeitlang hieß es sogar, das IOC habe angedroht, den Olympischen Spielen sein Patronat zu entziehen. Diese Behauptung wurde jedoch vom IOC-Präsidenten Killanin zurückgewiesen. Auch das Nationale Olympische Komitee der Vereinigten Staaten gab in einem Telegramm an die Organisatoren von Montreal die Erklärung ab, der zufolge die US-Mannschaft für den Fall auf eine Teilnahme an den Olympischen Spielen verzichten wolle, daß Taiwan ausgeschlossen werde. Der Text der amerikanischen Botschaft lautet: "Das NOK der Vereinigten Staaten protestiert aufs schärfste und rechnet auf eine sofortige Überprüfung der Entscheidung der kanadischen Regierung, dem Taiwanesischen Olympischen Komitee, einem angesehenen Mitglied des Internationalen Olympischen Komitees, die Teilnahme an den Olympischen Spielen 1976 in Montreal nur unter bestimmten Bedingungen zu gestatten. Wenn die Spiele deshalb vom IOC für nicht "offiziell" erklärt werden, stellt das die Teilnahme der USA ernsthaft in Frage. Die Spiele müssen von der internationalen Politik freibleiben". Auch der Internationale Leichtathletikverband und der Internationale Judoverband protestierten scharf gegen die Haltung Canadas in der Taiwanfrage. Eine Absage der Spiele sei besser als eine Kapitulation vor der Politik, hieß es in der Erklärung des Judoverbandes.

INNENPOLITIK

(9) Chinas Bourgeoisie

In einem am 14.6.76 von Radio Peking ausgestrahlten Kommentar ("Es ist nötig, einen langwierigen Kampf gegen die Wegbereiter des Kapitalismus zu führen"), der betonte, daß sich der Kampf gegen Teng Hsiao-p'ing lange hinziehen werde, hieß es, daß die Bourgeoisie noch immer eine "sehr beherrschende" Position in der Erziehung, Kultur und in anderen Bereichen einnehme.

Ein Sprecher bei der Konferenz "Von Tachai lernen", die in der Provinz Anhui stattfand, äußerte sich im gleichen Zusammenhang über das Bestreben der Bourgeoisie, die "Arbeiter und Kader (zu zersetzen) und die sozialistische, wirtschaftliche Grundlage (des Staates) politisch, ideologisch, organisatorisch und ökonomisch zu unterminieren".

Der von Radio Hofei am 9.6.76 wiedergegebene Passus über die diesbezüglichen Bestrebungen der "Bourgeoisie" in der Provinz Anhui lautete:

"Ihre Aktivitäten wurden meistens mit der Unterstützung, der Rückendeckung und sogar der direkten Beteiligung der 'Wegbereiter des Kapitalismus innerhalb der Partei' ausgeführt.

In der Tat übt die Bourgeoisie (noch immer) in einigen Unternehmen die Diktatur über das Proletariat aus.

Dies zeigt uns, daß Industrie- und Bergbauunternehmen, die sich vom Klassenkampf fernhalten, nicht nur unfähig sein werden, die Produktion für den Sozialismus zu fördern, sondern auch ein Treibhaus für die Schaffung einer neuen Bourgeoisie werden." (SWB, 17.6.76)

(10) Kritik am "Bürgerlichen Recht"

Im Rahmen der Kampagne gegen Teng Hsiao-p'ing ist wieder vom "Kampf gegen das bürgerliche Recht" die Rede. Ausgangspunkt für die Kritik ist ein Ausspruch Mao Tse-tungs, der bereits im Zusammenhang mit der Kampagne zur Stärkung der Diktatur des Proletariats Anfang 1975 geprägt wurde. Unter anderem heißt es darin: "China ist ein sozialistisches Land. Es war vor der Befreiung so gut wie kapitalistisch. Jetzt noch wird ein Lohnsystem von acht Stufen praktiziert, eine Verteilung 'jedem nach seiner Leistung und Austausch mittels Geldes'. Bei alledem gibt es nicht viel Unterschied zur alten Gesellschaft. Der Unterschied besteht lediglich darin, daß die Eigentumsverhältnisse verändert worden sind. Unser Land praktiziert gegenwärtig u.a. ein Warensystem und auch das Lohnsystem ist ungleich, zum Beispiel das achtstufige Lohnsystem. Nur unter der Diktatur des Proletariats kann dies eingeschränkt werden" (zitiert in PRu 1976, Nr. 23, S. 16).

Das bürgerliche Recht ist eine Überbauerscheinung und als solche Abspiegelung der auch heute noch fortbestehenden bürgerlichen Klasse (man spricht von "neuen bürgerlichen Elementen"). Das bürgerliche Recht ist sowohl Abspiegelung dieses Klassenverhältnisses als auch gleichzeitig Nährboden für die Neo-Bourgeoisie. Inhaltlich zielt es darauf ab, Gleiches gleich zu behandeln, und zwar in durchaus formaler Weise. Es fördert die Verteilung "jedem nach seiner Leistung" und den "Austausch gleicher Werte", ohne daß die verschiedenen Ausgangsbedingungen berücksichtigt werden. So kommt es, daß der Stärkere von Anfang an gleicher ist als der Schwächere.

Um dieses Übel "einzuschränken" (keineswegs abzuschaffen!) gibt es nur ein einziges Mittel, nämlich die Diktatur des Proletariats, die dafür sorgt, daß proletarische und bürgerliche Elemente keineswegs gleich, sondern ihrem Klassenverhältnis entsprechend ungleich behandelt werden: Immer entsprechend der Forderung, daß es für zwei verschiedene Arten von Widersprüchen zwei verschiedene Lösungen geben muß, nämlich Überzeugung und Belehrung zur Lösung der "Widersprüche im Volk" und die Diktatur des Proletariats zur Unterdrückung der "Feinde".

Nach klassischer marxistischer Definition besteht der wesentliche Unterschied zwischen sozialistischer und kommunistischer Gesellschaft auf dem Gebiet der Distribution darin, daß in der Epoche des Sozialismus das Prinzip gilt "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung", während die kommunistische Gesellschaft von dem Grundsatz "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen" beherrscht wird.

China befindet sich zwar nach wie vor im Übergangsstadium des Sozialismus, doch wird das Leistungsprinzip von der kulturellen Revolutionären Linken immer stärker kritisiert. Wird damit einer der klassischen Grundsätze des Marxismus durchbrochen?

Hier die Argumentation eines "proletarischen Kadern":

"In der gegenwärtigen sozialistischen Geschichtsperiode unseres Landes sind die ländlichen Volkskommunen Kollektiveigentum der arbeitenden Massen. Bei der Verteilung wird das System der Arbeitspunkte durchgeführt, aufgrund des Prinzips "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung". Diese Entwicklung hat die Zustände der alten Gesellschaft, in der sich die Werktätigen nicht satt essen konnten und die Ausbeuter, ohne

zu arbeiten, die Früchte der Arbeit einheimen konnten, gründlich verändert - ein großer historischer Fortschritt. Aber das Leistungsprinzip durchbricht nicht die Schranken des bürgerlichen Rechts, seine formale Gleichheit verdeckt seine formale Ungleichheit... Diese faktische Ungleichheit ist gerade ein Muttermal der alten Gesellschaft, ist der Boden, auf dem der Kapitalismus hervorwächst. Sie kann unter der Diktatur des Proletariats nur eingeschränkt werden, darf aber auf keinen Fall verstärkt und ausgedehnt werden (PR 1976, Nr. 22, S. 19).

Welche Lösung ist nun anzustreben?

Die klassische Formulierung des Distributionsatzes besteht ja aus zwei Hälften, nämlich "jeder nach seinen Fähigkeiten" und "jedem nach seiner Leistung". Im sozialistischen China müsse danach getrachtet werden, daß der zweite Satz möglichst eingeschränkt (Kampf gegen "materielle Anreize" durch Arbeitspunkte und Belohnungsformen), der erste Satz dagegen möglichst betont wird, und zwar im Sinne einer "Vorstellung der Politik".

Das Leistungsprinzip ist dialektisch zu betrachten: Einerseits muß man die "Unvermeidlichkeit der Existenz dieses Prinzips in der Periode des Sozialismus erkennen", andererseits "muß man aber auch einsehen, daß dieses Prinzip immer noch eine bürgerliche Fessel ist, die durch die Diktatur des Proletariats eingeschränkt, Schritt für Schritt abgeschafft und schließlich durch das kommunistische Prinzip "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen" ersetzt werden muß."

Die verstärkte Betonung des politischen - anstelle des Leistungsmomentes wurde während der Kulturrevolution übrigens bereits in der Modellbrigade von Tachai gehandhabt.

In einem anderen Rechenschaftsbericht heißt es: "Warum ist ein Teil der Werktätigen, ja sogar der Kommunisten, zur neuen Bourgeoisie degeneriert? Durch das Studium der Theorie erkannte ich: das Bestehen der Einflüsse des internationalen Imperialismus und Revisionismus bilden die politisch-ideologische Quelle für das Entstehen neuer bürgerlicher Elemente. Die Existenz bürgerlichen Rechts ist eine wichtige ökonomische Basis für das Auftreten neuer bürgerlicher Elemente. Wir jungen Arbeiter, die zu Kadern geworden sind, müssen uns gegen die materiellen Verlockungen durch die Bourgeoisie und die Schmeichelei durch die Idee des bürgerlichen Rechts bewußt werden." (PRu 1976, Nr. 22.)

In welche Schwierigkeit die Dialektik einen Kader führen kann, geht aus folgendem Geständnis hervor: "Ich habe erkannt, daß das Prinzip "jedem nach seiner Leistung" in der Periode des Sozialismus zwar an sich ebenfalls das bürgerliche Recht widerspiegelt - die formelle Gleichheit verdeckt die wirkliche Ungleichheit. Ein wirklicher Marxist muß aber zu jeder Zeit das bürgerliche Recht kritisieren und ist der Ansicht, daß es in der Geschichtsperiode des Sozialismus zwar unvermeidlich ist, aber als ein 'Mißstand', ein von der alten Gesellschaft hinterlassenes 'Muttermal', eingeschränkt und Schritt für Schritt aufgehoben werden muß." (PRu 1976, Nr. 22, S. 17)

(11) Ein neuer Armeeheld im Kampf gegen Teng Hsiao-p'ing

Der jüngst propagierte Kult um einen jungen chinesischen Soldaten, der "gegen die Strömung schwamm", um im vergangenen September Teng Hsiao-p'ing zu kritisieren, hat bedeutsame Implikationen im Hinblick auf die Beziehungen der VBA und der

dominierenden radikalen Fraktion innerhalb des Politbüros. Li Yen-ching, Führer einer Schwadron in der Garnison Peking, wird für seinen einsamen Oppositionsakt gepriesen, mit dem er sich, mehr als 6 Monate vor dem Sturz Teng Hsiao-p'ings und seiner Entlassung aus den Ämtern als Stellvertretender Ministerpräsident, Stellvertretender Vorsitzender der KPCh und als Chef des Generalstabs der VBA gegen dessen "revisionistische Militärpolitik" gewandt hatte.

Li hatte, wie es heißt, bereits als ehemaliger Rotgardist aktiv an der Kulturrevolution teilgenommen. Nach der offiziellen Version reifte sein Entschluß, einen Brief an Mao Tse-tung über die Abweichung Teng Hsiao-p'ings von der Parteilinie zu richten, nach der Übertragung einer Rede Tengs. Aus den Äußerungen Tengs, der in seiner Rede von "Adjustierung" gesprochen und erklärt hatte, daß "einen harten Kampf führen, einen Kampf um Stahl führen heißt", hatte Li herausgelesen, daß Teng der Rolle des Kriegsmaterials eine "übertriebene Bedeutung" zusprach, welche die Lehre Maos vom "entscheidenden menschlichen Faktor" bei der Kriegsführung ignorierte. Da Li zu diesem Zeitpunkt noch ein Mitglied der Kommunistischen Jugendliga war und erst kurz zuvor sein 5. Gesuch um Aufnahme in die KPCh eingereicht hatte, wird sein Entschluß, den damals amtierenden Stellvertretenden Parteichef direkt zu kritisieren und damit möglicherweise seine Parteimitgliedschaft aufs Spiel zu setzen, als besonders kühner Akt gepriesen. Schließlich habe er jedoch, gestützt auf die Losung Maos "Gegen die Strömung schwimmen" seine Bedenken überwunden und die verkehrte Auffassung Tengs über das Verhältnis zwischen Menschen und Waffen und zwischen politischer und militärischer Arbeit gebrandmarkt.

Während Li auf verschiedenen Versammlungen vor "führenden Organen" des Militärdistrikts Hupei und der VBA-Einheiten Wuhan von seinem "Kampf gegen den Häuptling des Revisionismus" sprach, verlautete nichts darüber, ob Li bei der Abfassung seines Mao-Briefes seine Kameraden, vorgesetzten Offiziere oder irgendeinen Politikkommissar zu Rate gezogen hat, oder ob Mao Tse-tung überhaupt auf seinen Brief reagiert hat. Es hieß in diesem Zusammenhang nur, daß der Vorsitzende "alles durchschaute und persönlich den großen Kampf gegen den rechtsgerichteten Wind mobilisierte und anführte".

Verschiedene Anzeichen sprechen dafür, daß sich eine Reihe der mächtigen Regionalkommandeure in den Provinzen noch immer nicht mit der Absetzung Teng Hsiao-p'ings abgefunden haben. Die Unterstützung regionaler Militäreinheiten im Verlauf der weiterhin anhaltenden Anti-Teng-Kampagne erweckt noch immer den Eindruck formeller Pflichtübungen. Die mit dem jüngsten Li Yen-ching-Kult einhergehende neuerliche Zurückweisung der Vorstellung, daß die Armee mehr und bessere Waffen brauche, läßt sich in diesem Zusammenhang als Versuch verstehen, die Autorität jedweden Regionalkommandeurs zu desavouieren, der dem gegenwärtigen radikalen Kurs der chinesischen Politik nur eine halbherzige Zustimmung entgegenbringt.

Auch die VBA-Einheiten in Tsinan verfügen seit kurzem über einen eigenen Anti-Teng-Helden. Als Teng Hsiao-p'ing davon sprach, einen Kampf um die Stahlproduktion zu führen, propagierte Liu Yung-shih, Stellvertretender Sekretär einer Parteileitung des Fernmeldebataillons, "die Ideen Mao Tse-tungs über den Volkskrieg unter den Kämpfern und brachte sie dazu, die Theorie, daß Waffen alles entscheiden, zu kritisieren".

Anfang Januar habe Liu, wie es heißt, einen langen Brief an die Militärkommission des ZK geschickt, nachdem er eine "bourgeoise militärische Linie" in einem Bericht Tengs entdeckt hatte.

Zu den "reaktionären Standpunkten" Tengs zählten dabei: die Vernachlässigung, die Kriegsvorbereitungen als Hauptkettenglied anzusehen, verleumderische Anschwärtzung der ausgezeichneten Situation beim Aufbau der Armee, die Theorie, daß Waffen alles entscheiden, der Ruf nach dem Kampf um die Stahlproduktion, die Opposition gegen einen Volkskrieg u.a.m.

Bei der Abfassung seines Briefes an das ZK traf Liu, wie berichtet wird, bei seinen Kameraden auf "Zustimmung und Ablehnung".

Bemerkenswert erscheint der Hinweis, daß für seinen endgültigen Entschluß, sich an das ZK zu wenden, neben dem obligaten Studium der Werke Maos der Bericht Wang Hung-wens über die Revision der Parteiverfassung vor dem 10. Kongreß der KPCh entscheidend war. Das Parteikomitee der Division rief alle "Kämpfer" der Division auf, von Liu zu lernen (SWB 17.6.76).

(12) Abschirmung Mao Tse-tungs

Am 15.6.76 berichtete Kyodo über eine sogen. "Ankündigung der chinesischen Regierung", daß Mao Tse-tung ausländische Staatsbesucher nicht mehr empfangen wird. Der "Ankündigung" zufolge wurde die Entscheidung durch das ZK der KPCh mit Rücksicht auf das Alter Maos und seine anstrengenden Arbeitsverpflichtungen getroffen. Demgegenüber wurde von ausländischen Beobachtern verschiedentlich die Meinung vertreten, daß die Entscheidung, die Mao buchstäblich zu einem "unsichtbaren Führer" werden läßt, durch das Politbüro erfolgte und auf seine offensichtliche körperliche Hinfälligkeit zurückgeht. Weder Radio Peking noch NCNA verbreiteten in diesem Zusammenhang seitens der chinesischen Regierung eine entsprechende "Ankündigung" (SWB 17.6.76).

Die Abschirmung Maos, die in dem gegenwärtigen unentschiedenen Machtkampf ein Moment weiterer Verunsicherung mit sich bringt, wirft die Frage auf, wer in Zukunft Zutritt zu Mao haben wird. Zusätzlich zu Hua Kuo-feng beziehen diesbezügliche Spekulationen vor allem Chiang Ch'ing und den zuweilen als "Maos Leibwächter" apostrophierten Wang Tung-hsing in den Kreis derjenigen ein, denen ein direkter Zugang zu Mao zugesagt wird. Die Frage ist umso gewichtiger, als mehrmals in den vergangenen Monaten weitreichende Entscheidungen der chinesischen Politik im Namen Mao Tse-tungs sanktioniert worden sind. Teng Hsiao-p'ing waren bereits Wochen vor seinem Sturz "Manipulationen" der Instruktionen des Vorsitzenden vorgeworfen worden. Der Sturz Tengs und die gleichzeitige Ernennung Hua Kuo-fengs zum neuen Ministerpräsidenten hatten ihre Legitimation auf eine "Empfehlung" des Vorsitzenden Mao gestützt. Den Exegeten des politischen Willens Mao Tse-tungs, die in Zukunft mit neuen "Instruktionen" und "Zitaten" aus der Chungnanhai-Residenz Maos zurückkehren werden, wird es schwerer fallen, den Autoritätsanspruch des Parteichefs für sich in Anspruch zu nehmen. Die vom Zugang zu Mao Ausgeschlossenen könnten leicht die Legitimation der Weisungen eines Parteichefs in Zweifel ziehen, der von ihnen abgeschirmt wird.

(13) Zwei schwere Erdbeben in Yünnan

Am 29. Mai ereigneten sich in der südwestchinesischen Provinz Yünnan in der Region Lungling-Luhsi zwei schwere Erdbeben. Die Stöße erreichten eine Stärke von 7,6 auf der Richterskala.

Wie es in einer amtlichen Stellungnahme heißt, sei durch rechtzeitige Präventivmaßnahmen die "Zahl der Opfer auf ein Mindestmaß eingeschränkt worden".

Die "Massen" seien dabei, die "Schäden zu beseitigen". Verbände der Miliz und Einheiten der Luft- und Bodenstreitkräfte der VBA wurden eingesetzt, um die Versorgung der Bevölkerung aufrechtzuerhalten.

Eigenen Angaben zufolge verfügt die VR China gegenwärtig über 10 000 hauptberufliche Erdbebenprognostiker, mehr als 100 000 Amateurseismologen, 17 seismologische Beobachtungsstationen sowie über 300 weitere regionale Beobachtungsstationen. China hat in diesem Zusammenhang versichert, bisher mehr als 12 Erdbeben mit einer Stärke von 5 und darüber auf der Richter-Skala "vorhergesagt" zu haben, darunter das schwere Erdbeben, das am 14.2.75 die Provinz Liaoning heimgesucht hatte.

Unbestreitbar bleibt jedoch, daß dabei weder im Fall Liaoning noch bei dem kürzlichen Erdbeben in Yünnan irgendeine Vorwarnung nach außen hin vor dem Ereignis stattfand. Durch keine der Provinz-Radiostationen war eine öffentliche Warnung erfolgt. Im Falle Yünnans bot selbst der Funkverkehr der Armee-Einheiten nicht den geringsten Anhaltspunkt dafür, daß etwas Ungeöhnliches bevorstand (FEER Nr.27 S.23).

Die chinesische Presse erklärte das Ausbleiben einer Vorwarnung damit, daß die Warnungen "über Lautsprecher", d.h. Drahtfunk, mitgeteilt worden seien - eine Maßnahme, die in dem zerklüfteten Terrain Yünnans kaum sehr effektiv gewesen sein dürfte. Die Wellen des Erdbebens von Yünnan berührten auch Birma, aber offenbar wurde auch Rangoon nicht von Peking vorgewarnt. Am 24.6.76 berichtete NCNA, daß der erste der beiden Erdstöße acht Minuten nach einer Vorwarnung durch das seismologische Büro des Kreises Lungling erfolgte. Die lokale Vorwarnung habe sich dabei zum Teil auf frühere Vorhersagen nationaler und provinzieller seismologischer Beobachtungsstationen gestützt.

Offen bleibt indes die Frage, ob eine Vorwarnzeit von acht Minuten ausreicht, um Menschenleben zu retten. Wie gewöhnlich wurden keine näheren Angaben über die Zahl der Verletzten, Toten und das Ausmaß der Katastrophe gemacht. Das i.J. 1971 gegründete Staatliche Seismologische Büro arbeitet - einem Bericht der JMJP zufolge - an einem System zur Vorhersage von Erdbeben, das auf einer neuen, als "geologische Mechanik" bezeichneten wissenschaftlichen Theorie basiert. Dieses System, das offenbar den Gebrauch von Instrumenten einschließt, die imstande sind, Bewegungen der Erdkruste zu messen, soll - wie verlautet - bei der Vorhersage des Erdbebens vom 29.5. angewandt worden sein. Chinesische Wissenschaftler arbeiten gegenwärtig, wie es heißt, daran, die gesetzmäßigen Zusammenhänge zwischen den Bewegungen der Erdkruste und dem Entstehen von Erdbeben herauszufinden.

Schon seit jeher war in China die Vorhersage von Naturkatastrophen nicht frei von ominöser politischer Prognostik. Die Pekingische Fachzeitschrift "Scientia Geologica Sinica" erinnerte daran, daß die Konfuzianer zur Zeit der Nördlichen Sung-Dynastie Erdbeben als Vorwand benutzt hätten, um den Reformier Wang An-shih, einen Helden des maoistischen Geschichtspantheons, anzugreifen. Auch das Parteikomitee der Provinz Yünnan zog aus der Naturkatastrophe vor allem politische Erkenntnisse: Auf einer Mobilisierungsversammlung vor 4 000 Kadern in Kunming wurden verschiedene Forderungen für Erdbebennotstands-

arbeiten aufgestellt. Die erste lautete: "Bei Erdbebenhilfsarbeiten müssen wir den Klassenkampf als Hauptkettenglied nehmen und an der grundlegenden Linie der Partei festhalten. Die Völker der verschiedenen Nationalitäten in der Provinz müssen die bedeutenden Instruktionen Maos über die Große Proletarische Kulturrevolution gründlich studieren ... Teng Hsiao-p'ing und seine konterrevolutionäre, revisionistische Linie von Grund auf kritisieren, den 'rechtsgerichteten Wind' ... zurückschlagen, sich weiter zusammenschließen, gegen Naturkatastrophen kämpfen und alle Gebiete der Arbeit fördern" (SWB 10.6.76).

(14) Wohnungsbau in Peking

Wohnhäuser werden in Peking nach einem allgemeinen Stadtbauplan gebaut, und zwar im Rahmen des Bauprogramms für die Stadt. Die Wohnungen werden nach Größe der Familie und nicht nach Position oder Einkommen verteilt. Die Mieten sind nominell und betragen nur 3-5 % des Einkommens des Mieters. Der Staat verwendet diese Mieten für die Erhaltung der Häuser.

Die Grundfläche an neuen Wohnungen liegt gegenüber der Zeit vor 1949 eineinhalbmal höher, und die Zahl der Läden, Restaurants und ähnlicher Einrichtungen hat sich verdoppelt. Bisher hat Peking 50 neue Wohnsiedlungen und über 100 Wohnzentren gebaut. Allein im letzten Jahr wurden neue Häuser mit einer Gesamtwohnfläche von über 1 Million Quadratmetern fertiggestellt. Alle neuen Häuser haben fließend Wasser, Elektrizität, Zentralheizung und andere Annehmlichkeiten.

Gerade kürzlich wurde eine neue Wohnsiedlung nahe dem Himmelstempel im Süden der Stadt vollendet. Sie besteht aus 30 vier- bis sechsgeschossigen Häusern mit einer Wohnfläche von 150 000 Quadratmetern, die alle nach Süden gelegen sind. Das größte z.Zt. im Bau befindliche Projekt sind zehngeschossige Wohnblocks an einer 5,5 km langen Allee, die vom Chungwenmen und Chienmen zum Hsüanwumen führt. Die gesamte Wohnfläche beträgt 500 000 Quadratmetern (NCNA 8.6.76; SWB 11.6.76).

(15) Gesundheitswesen

Nach einer Meldung von NCNA vom 24.6.76 gibt es z.Zt. in ganz China über 1,5 Millionen Barfußärzte auf dem Lande. Jeder Kreis hat eigene Ausbildungsstätten für Barfußärzte, und die meisten medizinischen Hochschulen haben Kurse eingeführt, die dazu bestimmt sind, das Ausbildungsniveau weiter anzuheben.

Für einzelne Provinzen wird die Zahl der Barfußärzte und des medizinischen Hilfspersonals wie folgt angegeben:

Kirin:	28 000 Barfußärzte und 57 000 Gesundheitsarbeiter (SWB 10.6.76)
Innere Mongolei:	14 100 Barfußärzte und 18 800 Gesundheitsarbeiter einschließlich Hebammen (SWB 25.6.)
Sinkiang:	12 000 Barfußärzte, davon über 70% Angehörige nationaler Minderheiten (SWB 25.6.76)
Ningshia:	6100 Barfußärzte und 10 000 Gesundheitsarbeiter der Hui-, Han- und mongolischen Nationalitäten (SWB 18.6.76)
Honan:	135 000 Barfußärzte (SWB 30.6.76)
Kuangtung:	63 000 Barfußärzte und 200 000 Gesundheitsarbeiter, einschließlich Hebammen (SWB 19.6.)

Für die Provinz Kirin (SWB 10.6.76) und für eine Präfektur in Kansu (SWB 19.6.76) wird ein Durchschnitt von 2-3 Barfußärzten je Produktionsbrigade genannt.

In Shanghai hat man kürzlich ein System des periodischen Stellenwechsels zwischen medizinischem Personal in Krankenhäusern und Barfußärzten auf dem Lande eingeführt. Einmal im Jahr wechseln 10-15 Barfußärzte aus einer Kommune für ein Jahr in ein Krankenhaus über, während die gleiche Zahl von medizinischen Kräften aus dem Krankenhaus in die entsprechende Kommune geht und dort ein Jahr lang Dienst tut. Sinn dieser Aktion ist, den Barfußärzten eine fachliche Fortbildung und dem medizinischen Personal aus der Stadt eine ideologische Umerziehung durch die Bauern zuteil werden zu lassen (Radio Shanghai 15.6.76, nach SWB 18.6.76).

(16) Internationaler Kindertag

Am 1. Juni wurde in ganz China der Internationale Kindertag gefeiert. In Peking, Shanghai und den Provinzhauptstädten fanden aus diesem Anlaß Kinderfeste und Zusammenkünfte von Kleinen Roten Soldaten (so heißt die Schülerorganisation der Jungen Pioniere) statt. Die Veranstaltungen waren begleitet von Theateraufführungen, Puppenspielen und sportlichen Ereignissen (Berichte in SWB 4., 5. und 8.6.76).

KULTUR UND ERZIEHUNG

(17) Zum Verlagswesen in Heilungkiang und Shanghai

In der Provinz Heilungkiang wurden seit der Kulturrevolution, d. h. seit 1966, 129 970 000 Bände der Werke Maos und fast 26 Mio. Bände von Marx, Engels und Lenin gedruckt. Seit 1970 wurden insgesamt 563 "revolutionäre Werke" auf dem Gebiet der Wirtschaft, Politik, Philosophie, Geschichte, Literatur, Kunst, Kultur, Erziehung, Wissenschaft und Technologie in einer Gesamtauflage von 92 700 000 publiziert. Allein in den letzten zehn Jahren wurden 223 Mio. Exemplare marxistisch-leninistischer Werke und Schriften Mao Tse-tungs vertrieben. Ferner wurden weitere 416 Mio. Exemplare von Büchern anderer Thematik und 163 Mio. Schulbücher für den Gebrauch an Volks- und Mittelschulen gedruckt und verteilt (SWB 10.6.76).

Shanghai: Angaben der NCNA zufolge spiegeln allein 20 der 45 bisher vom Volksverlag Shanghai veröffentlichten literarischen und künstlerischen Werke das "kämpferische Leben während der Großen Kulturrevolution wider"; über 90% der bisher herausgegebenen 38 Sammlungen von Kurzgeschichten und 21 Antologien von Gedichten und Liedern sind "speziell veröffentlicht worden, um das Lob der Kulturrevolution und der 'neugeborenen Dinge' zu singen". Zu den besonders hervorgehobenen literarischen Produkten zählt "Vorspiel", eine Sammlung von ausgewählten Artikeln, die ursprünglich in der Kolumne "Danach streben, das Leben des Kampfes während der Großen Kulturrevolution widerzuspiegeln", in den Jahren 1973-75 in dem Literatur- und Kunstjournal "Chao Hsia" (Morgensonne) erschienen waren. Die Sammlung enthält Geschichten, Essays, Gedichte, Lieder und Theaterstücke. Neben "Vorspiel" stellt auch ein Werk wie "Der Frühlingsmorgen" - wie es heißt - den Höhepunkt der Großen Kulturrevolution in einem positiven Licht dar. Andere Titel wie "Die erste Lektion" und "Kampferbaum" (Chang shu chuan) beschreiben "das Leben des Kampfes der proletarischen Revolutionäre, nachdem sie jenen Teil der Macht erobert hatten, der einst von den Anhängern des kapitalistischen Regimes innerhalb der Partei usurpiert worden war".

Werke wie "Die Glocke läutet" (Chin Chung Ch'ang-ming) zeigten die Fortsetzung des Klassenkampfes und den Kampf der zwei Linien in der neuen Situation nach dem Höhepunkt der Großen Kulturrevolution.

Um die sozialistische Literatur und Kunst weiter zu fördern, sei seitens des Verlagshauses die Veröffentlichung von Literatur und Kunstkritiken vermehrt worden. So sei kürzlich die erste Nummer des "Journals für Literatur und Kunstkritik" erschienen, das eine Anzahl von Titeln enthielt, die den Film "Bambussprossen" kommentierten, sowie über die Erfahrungen beim Einstudieren revolutionärer Musteroperen und beim Studium der Werke Lu Hsüns berichteten. Zu den jüngsten Veröffentlichungen des Shanghaier Volksverlags gehört eine Sammlung von Erfahrungsberichten über die "tiefgreifenden Veränderungen, welche in verschiedenen Fabriken, ländlichen Gebieten und VBA-Einheiten nach der Popularisierung der revolutionären Musteroperen stattgefunden haben". Der Name der Sammlung lautet: "Singt, bis der Kommunismus erreicht worden ist" (NCNA 8.7.76).

(18) Arbeiter, Bauern und Soldaten beurteilen Zeitungen

Kürzlich haben die beiden großen Tageszeitungen - Volkszeitung und Kuangming-Zeitung - sowie einige Provinz- und Stadtzeitungen eine Neuerung eingeführt: Arbeiter, Bauern und Soldaten bilden Gruppen und lesen und beurteilen gemeinsam Zeitungsartikel (p'ing pao). Diese Neuerung - so heißt es - sei nur durch die Große Proletarische Kulturrevolution ermöglicht worden. Es wird betont, daß gerade Arbeiter, Bauern und Soldaten in der Lage seien, Zeitungsartikel zu kritisieren oder zu kommentieren, weil sie ein ausgeprägtes Bewußtsein vom Klassen- und Linienkampf besäßen und zwischen wahren und falschem Marxismus unterscheiden könnten. Mit ihren Ansichten lägen sie immer genau richtig. Ein Punkt der Kritik, den die Arbeiter bereits vorgebracht haben, ist die Länge vieler Artikel. Sie hätten nicht die Zeit, über eine Stunde an einem Artikel zu lesen, und wünschten sich deshalb mehr kurze, prägnante und informative Artikel (KMJP, JMJP 15.6.76).

(19) Kernforschung und Massenlinie

Das Shanghaier Kernforschungsinstitut hat 1975 mehr als 100 Forschungsaufträge erledigt, die sich auf die Förderung der Volkswirtschaft, die Stärkung der Landesverteidigung und vor allem auf die Landwirtschaft beziehen. "Hauptursache für die Erfolge dieses Instituts ist seine enge Verbindung mit den Arbeitern und Bauern" (PRu 1976, Nr.23, S.21). Die Mitarbeiter des Instituts nämlich gehen in Fabriken, Bergwerke und aufs Land, um sich mit den Bedürfnissen der Industrie und Landwirtschaft vertraut zu machen und von den Bauern zu erfahren, nach welchen technologischen Artikeln Nachfrage besteht. Im Institut wurde u.a. eine Gruppe für die Anwendung von Atomenergie in der Landwirtschaft gebildet. Sie hat im Jahre 1975 über tausend Sendungen Saatgut aus einer Reihe ländlicher Gebiete Ostchinas bestrahlt und so zur Züchtung besserer Saaten und zur Erhöhung des Ertrags beigetragen. Die Gruppe bemüht sich außerdem, radioaktive Isotope und markierte Präparate für Landwirtschaft und Medizin zu entwickeln. 1975 brachte sie es dabei auf vierzig verschiedene Sorten.

Im Dienste der Krebsbekämpfung gingen die Mitarbeiter des Instituts zu Untersuchungszwecken in Fabriken, Krankenhäuser